

Scholz weist Selenskyjs Forderung nach Waffen gegen Russland zurück

Bundeskanzler Scholz lehnt unbeschränkten Waffen-Einsatz gegen Russland ab. Nato-Gipfel in Washington: Schutz der Ukraine ohne Kriegsescalation.

Scholz setzt auf Weisheit, Klarheit und Festigkeit in der Ukrainekrise

Die jüngsten Entwicklungen in der Ukrainekrise haben zu Diskussionen über den Einsatz westlicher Waffen gegen russisches Territorium geführt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat jedoch klargestellt, dass eine Eskalation des Konflikts vermieden werden muss.

Ein wichtiger Punkt, den Scholz betonte, ist die Notwendigkeit, die Ukraine maximal zu unterstützen, aber gleichzeitig sicherzustellen, dass es nicht zu einem direkten Militärkonflikt zwischen Russland und der Nato kommt. Diese Balance erfordert Weisheit, Klarheit und Festigkeit in den Entscheidungen, die getroffen werden.

Die Verbündeten der Ukraine, darunter Deutschland, hatten bereits Ende Mai zugestimmt, dass militärische Stellungen auf russischem Territorium angegriffen werden können, um Angriffe auf ukrainische Städte zu unterbinden. Diese Maßnahme sollte die Großstadt Charkiw schützen, die nahe der Grenze zu Russland liegt.

Während des Nato-Gipfels forderte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine Aufhebung aller Einschränkungen für

den Einsatz westlicher Waffen. Seiner Meinung nach sollten Militärstützpunkte im russischen Hinterland angegriffen werden können, um Raketenangriffe wie den auf Kiew zu verhindern.

Es ist wichtig zu betonen, dass Scholz und andere politische Führer darauf bedacht sind, die Situation in der Ukraine Krise nicht weiter zu eskalieren. Die Forderungen nach einem unbeschränkten Waffeneinsatz gegen Russland werden daher nicht unterstützt, um eine friedliche Lösung des Konflikts zu fördern.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de